

Der F-35 wird zum europäischen Standard

Der finnische Entscheid für den US-Jet stützt die Evaluation der Schweiz

GEORG HÄSLER, BERN

Die Schweiz und Finnland haben über ihre Kampffjets eine besondere Beziehung. In den 1990er Jahren kauften sie ihre F/A-18, die Hornets, praktisch gleichzeitig, jetzt kämpfen die Luftwaffen beider Länder mit den gleichen Alterserscheinungen der Flugzeuge. Deshalb spannten die Schweiz und Finnland 2014 auch zusammen, um den Lebenszyklus ihrer F/A-18-Flotten bis 2030 zu verlängern. Danach ist definitiv Schluss. Wieder verlaufen die Zeitpläne der Schweiz und Finnlands zur Beschaffung neuer Kampffjets fast parallel.

Am Freitag vergangener Woche entschied nun die Regierung in Helsinki unter der Führung der Sozialdemokratin Sanna Marin, ein Star der europäischen Linken, die finnische Luftwaffe mit 64 F-35A zu erneuern. Finnland folgt damit der Typenwahl der Schweiz. Am 30. Juni dieses Jahres setzte der Bundesrat ebenfalls auf das Kampfflugzeug des US-Herstellers Lockheed Martin. Ein Komitee aus SP, Grünen und der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee sammelt gegenwärtig Unterschriften, um die Beschaffung über einen Verfassungsartikel zu verhindern.

Das günstigste System

Die Initiantinnen und Initianten warnen vor einer Explosion bei den Betriebskosten, zu viel Abhängigkeit von den USA und einer sicherheitspolitischen Abkehr von Europa. Der finnische Entscheid für den F-35 erschwert die Argumentation der Kampffjetgegner – mindestens auf sachlicher Ebene:

■ **Kosten/Nutzen:** Die finnische Evaluation kommt mit einer anderen Bewertungsmethode zu ähnlichen Schlüssen wie die Schweizer Beschaffungsbehörde Armasuisse: Der F-35 verfügt über die besten Fähigkeiten und ist auch bei den Betriebskosten über die gesamte Lebensdauer das günstigste System, das zur Auswahl stand.

■ **Abhängigkeiten von den USA:** Finnland ist wie die Schweiz ein neutrales Land. Nach der russischen Annexion der Krim gab es aus Helsinki zwar Signale für eine Annäherung an die Nato. Die Unabhängigkeit sowohl vom Nachbarn Russland als auch vom Westen gehört aber weiterhin zum finnischen Selbstverständnis. Die Luftwaffe will den F-35 autonom, aber als Teil des globalen Wartungssystems betreiben. Die Datenlinks mit dem Partnerland USA werden offensichtlich als kalkulierbares Risiko eingeschätzt.

■ **Zusammenarbeit in Europa:** Mit dem F-35 beschafft Finnland den gleichen Flugzeugtyp wie Norwegen, Dänemark und Grossbritannien. Die Möglichkeiten der effektiven Zusammenarbeit unter den Luftwaffen im europäischen Norden werden damit erhöht. Dies kann auch als Statement der europäischen Solidarität angesichts einer erhöhten Bedrohung verstanden werden.

Spannend ist ein Blick auf die Zahlen. Der finnische Analyst Robin Häggblom stellt fest, dass die Schweiz wesentlich konservativer gerechnet hat als das Verteidigungsministerium in Helsinki. Gewiss liessen sich nicht Äpfel mit Birnen vergleichen, schickt Häggblom, auf Twitter unter dem Pseudonym Corporal Frisk unterwegs, in seinem Blog-Eintrag voraus. Aber es fällt ihm auf, dass die 15,5 Milliarden Betriebskosten für die 36 Schweizer F-35 «bekanntlich» die Mehrwertsteuer einrechnen und die Inflation berücksichtigen. Finnland dagegen rechnet mit Nettozahlen – so wie eigentlich üblich.

Dies ist ein deutlicher Hinweis auf die Akribie von Bundesrätin Viola Amherd. Nach dem hauchdünnen Ja zum Verpflichtungskredit im Herbst



Der F-35 als Kampfflugzeug der fünften Generation übertraf nicht ganz überraschend sowohl in der Schweiz als auch in Finnland die anderen Typen bei weitem.

U.S. AIR FORCE / IMAGO

2020 soll die Kampffjetvorlage im Hinblick auf eine zweite Volksabstimmung auch finanzpolitisch sturmfest verpackt sein. Nur schon die Differenz zwischen Brutto- und Nettopreis für die Beschaffungskosten sorgte für die mediale Fehlinterpretation, der F-35 sei doch teurer als ursprünglich kommuniziert.

Ähnliches Anforderungsprofil

Gewiss: Mit Blick auf die aktuelle Lage im Nordosten Europas hat die Erneuerung ihrer Kampffjetflotte für die finnische Luftwaffe noch höhere Dringlichkeit als für die Schweiz. Finnland hat

«multi role fighter». So standen in beiden Ländern die gleichen Jets zur Auswahl: Neben dem F-35 wurden auch die Super Hornet von Boeing, die französische Rafale und der Eurofighter des europäischen Airbus-Konzerns getestet. In Finnland blieb bis zuletzt auch der Gripen E/F im Rennen, der in der Schweiz frühzeitig ausgeschieden war, weil die schwedische Weiterentwicklung zum Zeitpunkt der Erprobung noch nicht als Gesamtsystem zur Verfügung stand.

Beim Betrieb der F-35-Flotte könnten die beiden Luftwaffen ihre bewährte Zusammenarbeit fortsetzen. Davon profitierte auch die Industrie. Dank der F/A-18 sind die Ruag MRO Schweiz, der Konzern für Sicherheitstechnologie des Bundes, und Patria, das finnisch-norwegische Äquivalent, schon heute Partner. Den Technologie-sprung gemeinsam zu meistern, bedeutete auch eine stärkere Position der beiden neutralen Staaten unter den Betreibern des F-35.

Vereinheitlichung der Flotten

Denn nicht ganz überraschend übertraf der F-35 als Kampfflugzeug der fünften Generation in beiden Ländern die anderen Typen bei weitem. Insbesondere die Fähigkeit, alle möglichen Informationen in einem weiten Umkreis abzusaugen und zu verarbeiten, verschafft gegenüber allen möglichen Bedrohungen einen entscheidenden Vorteil. Zudem bleibt die jüngste Plattform auch am längsten und in einer hohen Stückzahl weltweit im Einsatz. Bis 2030 sollen schon 2000 F-35 ausgeliefert sein.

Mit dem Entscheid für den F-35 folgen die Schweiz und Finnland dem Trend zur Vereinheitlichung der Kampffjetflotten. Diese Idee steckt auch hinter dem «Joint Strike Fighter Program» der US-Regierung: Eine neue Plattform soll mehrere ältere Typen ersetzen. Lockheed Martin stach 2001 ein Projekt von Boeing aus.

Die schweizerisch-finnische Typenwahl hat ausserdem einen Dominoeffekt ausgelöst, der die Verbreitung des F-35 in Europa zusätzlich begünstigen dürfte. Neben Norwegen, Dänemark und Grossbritannien haben schon heute Italien, Belgien und die Niederlande den US-Jet von Lockheed Martin beschafft. Polen hat sich ebenfalls für den F-35 entschieden, und Spanien prüft eine Beschaffung einer Version für die Marine.

Nun ist Boeing in Europa auch mit der Super Hornet praktisch aus dem Rennen. Nur noch Deutschland erwägt, mit diesem Jet den Tornado-Oldtimer als Atomwaffenträger zu ersetzen. Falls die neue Koalition aus SPD, Grünen und FDP tatsächlich der nuklearen Teilhabe verpflichtet bleibt, wie dies Aussenministerin Annalena Baerbock diese Woche versichert hatte, wird sie die Option F-35 allerdings noch einmal prüfen müssen. Deutschland als Land ohne Atomwaffe soll weiterhin in der Lage sein, einen Beitrag zur nuklearen Abschreckung des Westens zu leisten.

Schlechte Karten für Boeing

Bereits hat sich auch die deutsche Verteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD) geäussert: Sie will sich umfassend über die Tornado-Nachfolge informieren. Dies sei keine Frage, «die man so schnell übers Knie bricht». Sie strebe zwar eine europäische Lösung an, aber es sei klar, dass der Entscheid zügig gefällt werden müsse, sagte Lambrecht vor Angehörigen der Luftwaffe. Das deutsch-französische Projekt für ein Kampfflugzeug der neuesten Generation steht ohnehin auf tönernen Füüssen. Allein könnte Frankreich das FCAS (Future Combat Air System) nicht stemmen.

Die Super Hornet einsam zu betreiben, bedeutete höhere Betriebskosten. Das sind schlechte Karten für den Jet von Boeing in Deutschland. Auch in Kanada, wo der Entscheid für den F/A-18-Ersatz in den nächsten Wochen erwartet wird, ist Boeing unterdessen nicht mehr auf der Shortlist. Die Regierung in Ottawa wird die Wahl zwischen dem Gripen E/F und dem F-35 treffen. Das Thema ist politisch aufgeladen. Premierminister Justin Trudeau muss aber wohl über seinen Schatten springen – und ebenfalls auf den F-35 setzen.

In der Schweiz wird nun zuerst das Parlament zum Zug kommen. Das VBS wird die Beschaffung des neuen Kampfflugzeugs mit dem Rüstungsprogramm 2022 beantragen. Je nach Tempo der Unterschriftensammlung wird die Abstimmung über die Initiative der Kampffjetgegner Ende des nächsten Jahres oder Anfang 2023 erwartet. Scheitert das Volksbegehren, kann das VBS den Vertrag mit den USA gegenzeichnen, den die Administration Biden bereits unterschrieben hat.

Die falsche Seite des Schädels geöffnet

Der Kanton Aargau blüsst einen Neurochirurgen

ERICH ASCHWANDEN

Der Fall Javier Fandino beschäftigt den Kanton Aargau seit mehr als anderthalb Jahren. Im April 2020 entliess das Kantonsspital Aarau (KSA) den langjährigen Neurochirurgen, ohne Gründe für die Trennung anzugeben. Schliesslich musste sich sogar die Kantonsregierung mit der Affäre befassen. Die NZZ hat mehrmals über den Fall berichtet. Am Freitag hat das Departement Gesundheit und Soziales (DGS) das Aufsichtsverfahren abgeschlossen, wie es in einer Medienmitteilung schreibt.

Die Experten kamen zu dem Schluss, dass der Chefarzt die Regeln der ärztlichen Kunst verletzt habe. Infolge mangelhafter Vorbereitung eines operativen Eingriffs habe Fandino die falsche Seite eines Schädels geöffnet. Deshalb habe während der Operation auch noch die andere Seite geöffnet werden müssen. Fandino wehrte sich gegen diesen und andere Vorwürfe.

Kantonsspital Aarau verwarnt

Weiter beanstandet das DGS, dass Fandino zwischen 2007 und 2011 den Wirkstoff 5-ALA (eine Aminosäure zur besseren Sichtbarmachung von Tumoren) durchgehend auch bei gutartigen Hirntumoren eingesetzt habe. Dies stehe im Widerspruch zur Praxis an anderen Spitälern sowie zur wissenschaftlichen Forschung. Diese betrachten die Verwendung von 5-ALA nur bei bösartigen Hirntumoren als zulässig.

Fandino wird gestützt auf das Medizinberufegesetz mit 10 000 Franken gebüsst wegen Nichteinhaltung der sorgfältigen und gewissenhaften Berufsausübung sowie wegen Nichtwahrung der Rechte der Patienten.

Auch das Kantonsspital Aarau kommt nicht ungeschoren davon. Die KSA-Führung habe die spitalinterne Aufsichtspflicht mangelhaft wahrgenommen, heisst es in der Medienmitteilung. Sie habe die Öffnung einer falschen Schädelseite während einer Operation nicht weiterverfolgt. Ausserdem sei ihr der durchgehende Einsatz von 5-ALA bekannt gewesen. Das KSA wird daher vom Kanton Aargau verwarnt. Eine andere Massnahme sieht das Aargauer Spitalgesetz nicht vor.

Die übrigen Vorwürfe gegen Fandino und das KSA – unter anderem betreffend Einwilligungen von Patienten, unethische Forschung, nicht vorgenommene Voruntersuchungen oder Strategiefehler – stellten sich gemäss der Untersuchung als unbegründet heraus.

Sowohl Fandino wie auch das Kantonsspital müssen jeweils eine Gebühr von 8000 Franken für die Verfahrenskosten bezahlen. Die Entscheide sind noch nicht rechtskräftig und können sowohl von Fandino wie auch vom KSA mit einer Beschwerde an den Regierungsrat angefochten werden.

Erleichtert und enttäuscht

Javier Fandino zeigt sich in einer ersten Stellungnahme erleichtert darüber, dass sich die meisten Vorwürfe als unbegründet erwiesen hätten. Enttäuscht ist der Mediziner darüber, dass er im Zuge des Aufsichtsverfahrens kein einziges Mal die Möglichkeit gehabt habe, sich persönlich in einem Gespräch zu den Vorwürfen zu äussern. Im Fall der Schädeloperation hält Fandino daran fest, dass keine Seitenverwechslung vorgelegen habe.

Das Kantonsspital Aarau nimmt in einer Medienmitteilung mit Genugtuung zur Kenntnis, dass sich die Vorwürfe gegen das KSA und seine Organe als nicht stichhaltig erwiesen hätten und durch Fakten hätten widerlegt werden können. Lediglich in zwei Bereichen seien dem KSA Auflagen gemacht worden, beide hingen direkt mit der früheren Tätigkeit eines mittlerweile ausgestretenen Chefarztes zusammen. Entsprechende Massnahmen seien bereits direkt nach dessen Weggang aus dem KSA umgesetzt worden.